

STUDIE

Trübe Aussichten

Die deutsche Konjunktur
im Jahr 2024



Roland
Berger

- ▶ Nachdem die deutsche Volkswirtschaft im abgelaufenen Jahr um 0,3% geschrumpft ist, sind auch für 2024 angesichts geopolitischer Unsicherheiten sowie einer sich abkühlenden Weltwirtschaft keine nennenswerten Wachstumsimpulse zu erwarten
- ▶ Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Sondervermögen und Bundeshaushalt sorgt für zusätzliche innenpolitische Unsicherheit und dürfte sich negativ auf die Investitionsneigung der Unternehmen auswirken
- ▶ Angesichts weiterhin hoher Energiepreise schwächte sich die Industrieproduktion im Jahr 2023 weiter ab. Insbesondere die energieintensive Produktion steckt in einer Krise
- ▶ Gestiegene Materialkosten und Zinsen, hohe Auflagen sowie der Fachkräftemangel setzen die Bauwirtschaft unter Druck. Angesichts eines deutlichen Rückgangs bei Baufinanzierungen und -genehmigungen droht dem Sektor ein weiteres schwieriges Jahr
- ▶ Auch der lange robuste Arbeitsmarkt zeigt erste Anzeichen einer Abkühlung. So ist die Zahl der offenen Stellen bereits deutlich zurückgegangen, während sich die Zahl der Arbeitslosen erhöhte. Dennoch bleibt der Arbeitskräftemangel eines der drängendsten Probleme
- ▶ Ein Lichtblick ist die rückläufige Inflation sowohl bei Erzeugern als auch Verbrauchern. Diese dürfte sich 2024 weiter normalisieren und der Notenbank den nötigen Spielraum für erste Zinssenkungen im Jahresverlauf geben
- ▶ Angesichts dieser Gemengelage bleibt der Ausblick für die deutsche Volkswirtschaft trüb. Im internationalen Vergleich fällt Deutschland damit weiter hinter die anderen Industrienationen zurück

Verfassungsgerichtsurteil zum Bundeshaushalt belastet die Wachstumsaussichten

Urteil sorgt für Unsicherheit in Wirtschaft und Gesellschaft

Im November 2023 hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) ein weitreichendes Urteil zur Schuldenbremse und zur Praxis der Haushaltsaufstellung gefällt. Dies wirkt sich auf den Bundeshaushalt 2023 und den Entwurf für 2024 aus, die nun als nicht mehr verfassungsgemäß gelten. Bundesfinanzminister Lindner bezifferte die Lücke im Bundeshaushalt 2024 auf 17 Mrd. EUR, was 3,8% des ursprünglich geplanten Haushaltsvolumens oder 0,4% des BIP entspricht. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einem neuen Haushalt, einigte sich aber bereits vor Weihnachten auf einen Kompromiss bei den nötigen Einsparungen. Die geplanten Kürzungen sorgen in Wirtschaft und Gesellschaft für Unsicherheit, da über lange Zeit unklar war, welche Positionen und Förderungen von Kürzungen betroffen sein würden. Der geplante neue Entwurf schließt indes ein erneutes Aussetzen der Schuldenbremse nicht aus. Unklar ist, ob die Opposition in diesem Fall erneut vor dem BVG Klage erheben würde.

Zentrale Punkte des aktuellen Kompromisses zu Einsparungen im Bundeshaushalt¹ [Mrd. EUR]



1 Stand: 18.01.2024 2 Davon 400 Mio. EUR aus dem Etat des Bundesministeriums für Entwicklung und Zusammenarbeit und je 200 Mio. EUR aus dem Etat der Ministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie des Auswärtigen Amtes

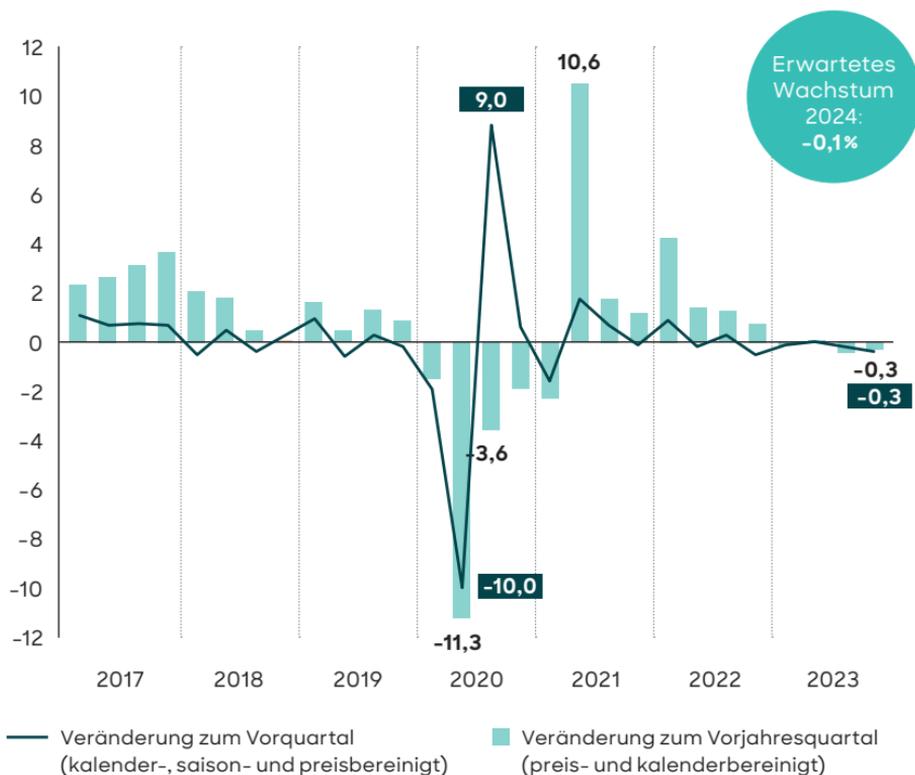
Quelle: Bundesregierung

Nach einem schwachen Jahr 2023 droht auch 2024 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung

Geopolitische Spannungen, hohe Zinsen und das Verfassungsgerichtsurteil trüben Aussichten für 2024

Die deutsche Volkswirtschaft ist nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2023 um 0,3% geschrumpft. Insbesondere die geopolitische Unsicherheit, hohe Zinsen sowie nur allmählich zunehmende Reallöhne haben den Konsum und die Investitionstätigkeit belastet. Auch das Exportgeschäft konnte aufgrund der Abkühlung der Weltwirtschaft keine Wachstumsimpulse setzen. Für das neue Jahr sieht die Lage nicht besser aus: Geopolitische Spannungen aufgrund der Kriege im Nahen Osten und der Ukraine sowie die Auswirkungen des Verfassungsgerichtsurteils zur Schuldenbremse sorgen für eine erhöhte Unsicherheit. Für 2024 geht das Roland Berger Institute deshalb von einem erneuten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,1% aus.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2017-2023 [%]



Quelle: Statistisches Bundesamt, Consensus Forecast

Industrieproduktion schwächt sich weiter ab

Leichte Erholung in energieintensiven Branchen

Die Produktion im produzierenden Gewerbe in Deutschland setzte im November 2023 ihren Abwärtstrend fort und ging im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,8% zurück. Verglichen mit dem Vormonat betrug der Rückgang 0,7%. Insbesondere die Bauproduktion nahm mit einem Rückgang von 2,9% verglichen mit dem Vormonat deutlich ab. Energieintensive Industriezweige hingegen zeigten eine leichte Erholung und erhöhten ihre Produktion im Vergleich zum Vormonat um 3,1%. Im Jahresvergleich blieben die energieintensiven Industrien damit dennoch 3,9% unter dem Niveau von November 2022. Die energieintensiven Industrien leiden weiterhin unter hohen Energiepreisen, die sich trotz des Rückgangs von ihren Höchstständen im Jahr 2022 weiterhin signifikant über dem Vorkrisenniveau befinden.

Produktionsvolumen des produzierenden Gewerbes Index [2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt]



¹ Zu den energieintensiven Industrien zählt das Statistische Bundesamt die Chemie-, Metall- und Papierindustrie sowie die Kokerei und Mineralölverarbeitung, die Verarbeitung von Steinen und Erden sowie die Herstellung von Glas(-waren)

Quelle: Statistisches Bundesamt

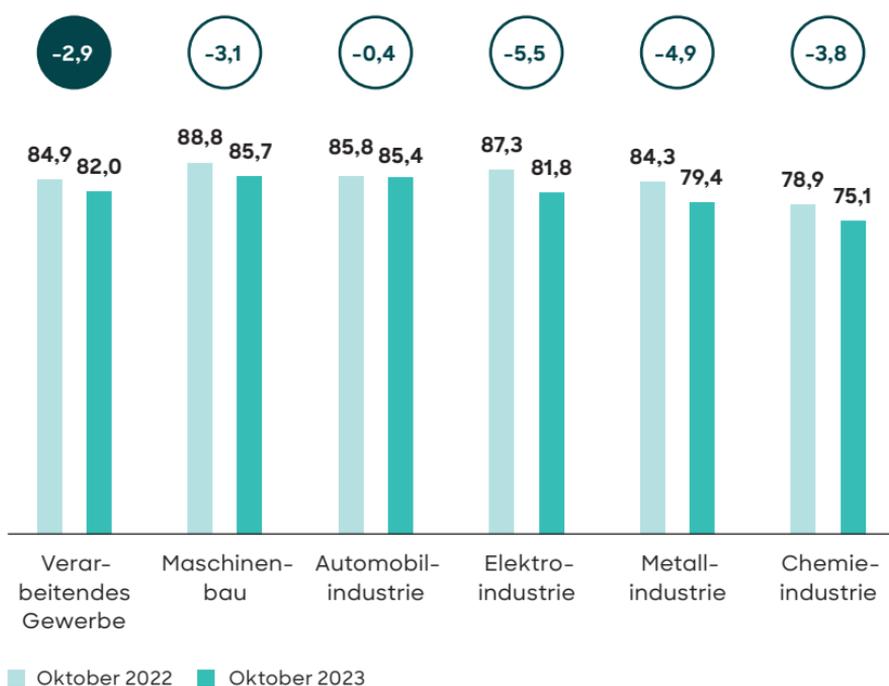
Rückläufige Kapazitätsauslastung in vielen Branchen des verarbeitenden Gewerbes

Insbesondere energieintensive Industrien betroffen

Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe geht weiter zurück. Nachdem sie im Juli 2023 mit 83,0% erstmals seit zwei Jahren unter dem langfristigen Mittelwert von 83,6% gelegen hatte, ist die Auslastung im Oktober erneut gesunken und lag zuletzt bei 82,0%. Im Vergleich zum Vorjahr ist sie damit um 2,9 Prozentpunkte gesunken. Am deutlichsten fällt der Rückgang in den energieintensiven Industrien aus. In der Materialerzeugung ging die Auslastung im Jahresvergleich um 6,2 pp. zurück. Auch in der Metallindustrie (-4,9 pp.) und der Chemieindustrie (-3,8 pp.) lag die Auslastung zuletzt deutlich unter den Vorjahreswerten. In den nicht-energieintensiven Industriezweigen wie der Elektroindustrie (-5,5 pp.) und dem Maschinenbau (-3,1 pp.) ging die Auslastung zuletzt ebenfalls deutlich zurück.

Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe

Auslastung im Oktober 2022 und 2023 [%] und Veränderung in Prozentpunkten [Kreise]



■ Oktober 2022 ■ Oktober 2023

Quelle: ifo Institut

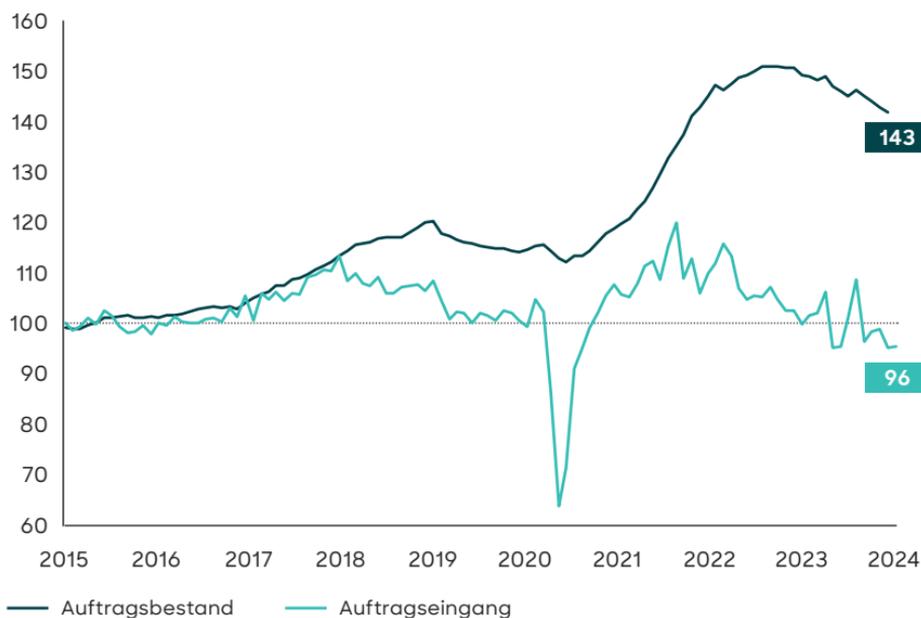
Industrieaufträge weiter im Sinkflug

Sowohl der Auftragsbestand als auch die Auftragseingänge entwickeln sich verglichen zum Vorjahr schwächer

Der Einbruch der Auftragseingänge wurde im November mit einem Plus von 0,3% im Vergleich zum Vormonat zunächst gebremst. Dennoch liegen die Eingänge weiterhin rund 4,4% unter Vorjahresniveau. Insbesondere im sonstigen Fahrzeugbau, der in den vergangenen Monaten außergewöhnlich hohe Zuwächse beim Auftragseingang verbuchen konnte, sind diese im November um 34% im Vergleich zum Vormonat eingebrochen. Auch in weiteren Branchen wie der Chemieindustrie, der Elektroindustrie oder dem Fahrzeugbau kam es im November zu deutlichen Rückgängen. Der Auftragsbestand setzte seinen Abwärtstrend im Oktober ebenfalls fort und verzeichnete einen Rückgang von 0,6% gegenüber dem Vormonat. Verglichen zum Vorjahr beträgt der Rückgang gar 5,9%. Hier trug der Rückgang in der Automobilindustrie mit einem Minus von 2,9% im Vormonatsvergleich wesentlich zum Negativtrend bei. Trotz des seit Januar 2023 anhaltenden Rückgangs bleiben die Bestände in der Industrie auf hohem Niveau. Im Schnitt reichen die Auftragsbestände der Industrie noch für 6,9 Monate.

Auftragseingang und -bestand im verarbeitenden Gewerbe

Volumenindex, 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



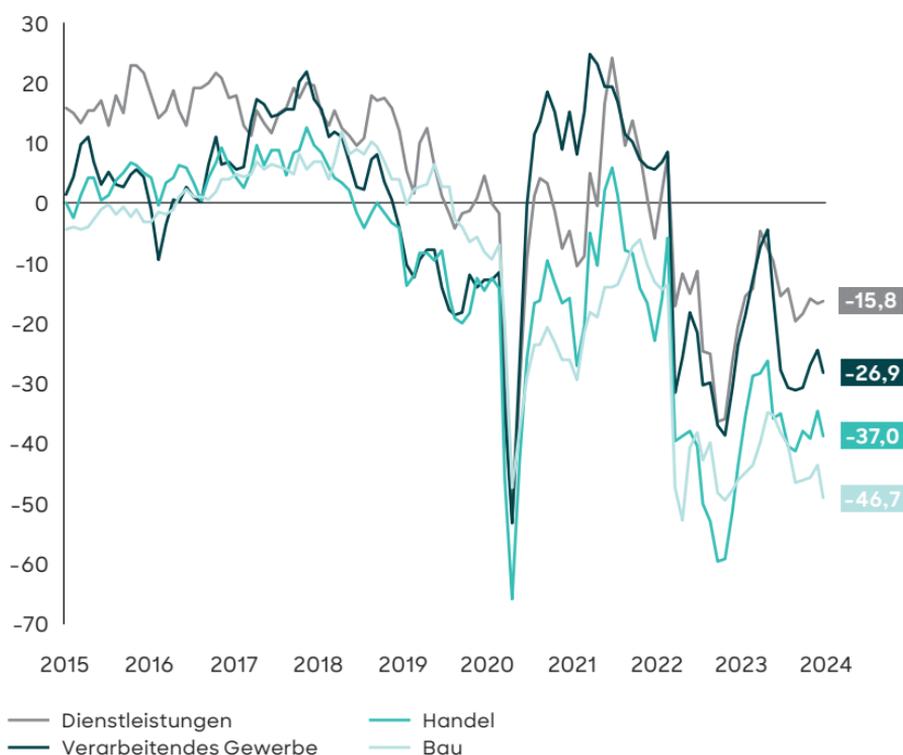
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland blickt pessimistisch ins neue Jahr

Geschäftserwartungen in allen Branchen seit fast zwei Jahren negativ

Die Unternehmen aller befragten Industriezweige blicken pessimistisch ins neue Jahr. Zeichnete sich noch zur Jahresmitte 2023 eine mögliche Trendwende ab, konnte sich diese Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte nicht verfestigen. Außer im stagnierenden Dienstleistungssektor sanken die Erwartungen im Dezember in allen Bereichen. Die Erwartungen in allen Sektoren befinden sich indes weiter im teils stark negativen Bereich. Im Bausektor sind die Geschäftserwartungen der Unternehmen bereits seit 2019 negativ. Rückläufige Nachfrage infolge gestiegener Zinsen und teurer gewordener Materialien und Dienstleistungen haben den Pessimismus seit zwei Jahren zuletzt weiter verstärkt.

Geschäftserwartungen deutscher Unternehmen Salden, saisonbereinigt



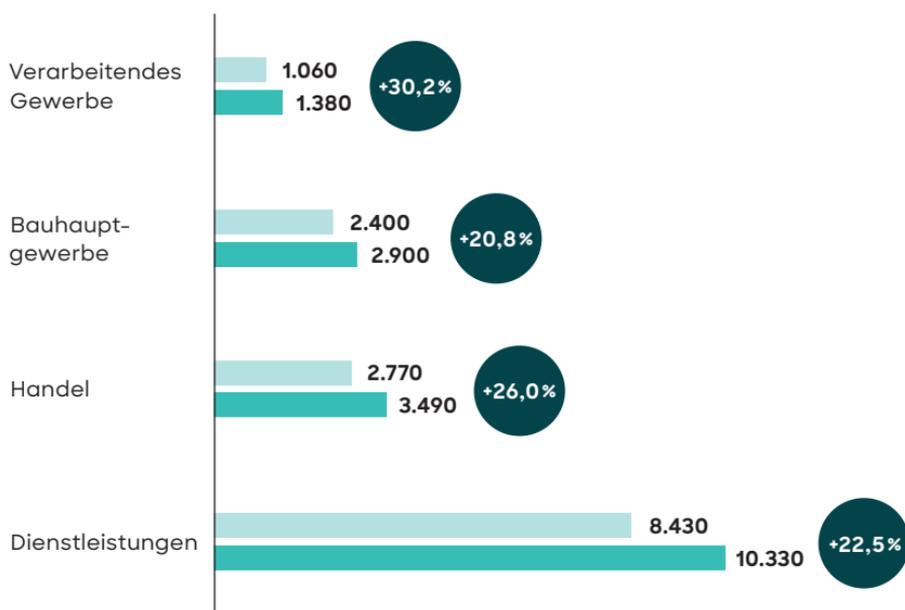
Quelle: ifo Institut

Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt deutlich an

Hohe Kosten und Rezession befeuern das Insolvenzgeschehen in Deutschland

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg 2023 deutlich um 23,5% auf 18.100 Fälle (2022: 14.660 Fälle). Die Zinswende sowie die anhaltend hohen Energiepreise machen vielen Unternehmen zu schaffen. Insbesondere bei Unternehmen im Mittelstand (+76%) und bei Großunternehmen (+50%) hat sich die Zahl der Insolvenzen im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht. Mit dem erneuten Anstieg der Insolvenzen im Jahr 2023 sind die Fallzahlen damit wieder auf dem Vor-Pandemie-Niveau angekommen und die Sondereffekte aus der Zeit der Pandemie sind verpufft. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird erwartet, dass sich die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen auch in den kommenden Monaten weiter erhöht.

Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen Vergleich zum Vorjahr



■ 2022 ■ 2023 (von Creditreform geschätzt)

Quelle: Creditreform

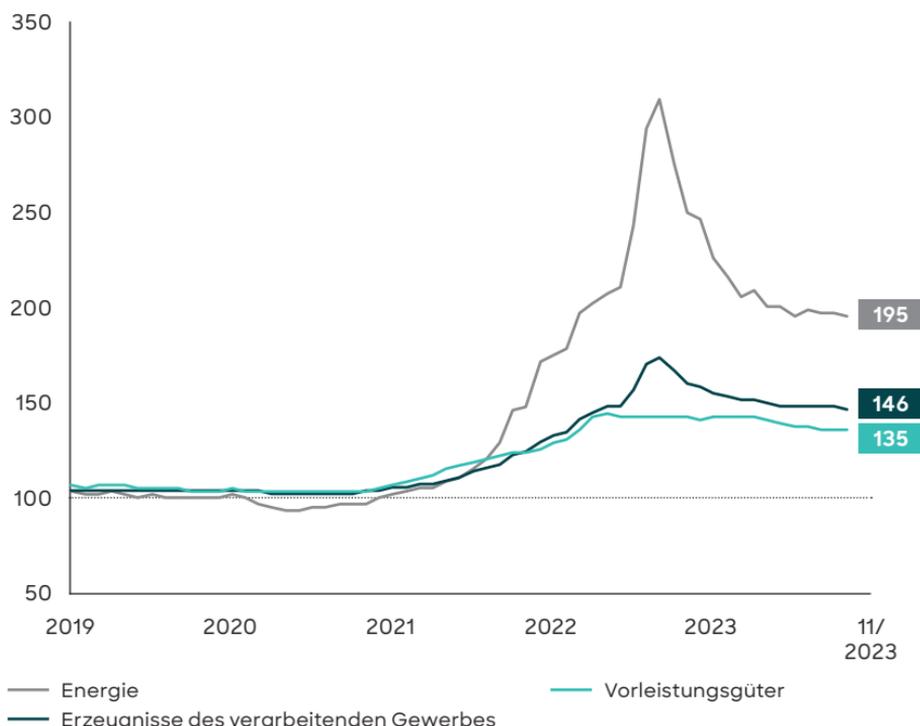
Erzeugerpreise setzen ihren Abwärtstrend fort

Weiterhin sinkende Energiepreise sorgen maßgeblich für rückläufige Erzeugerpreise

Die Erzeugerpreise in Deutschland verzeichneten im November 2023 einen deutlichen Rückgang von 7,9% im Vergleich zum Vorjahr, nachdem der Rückgang bereits im Oktober 11% betrug. Dieser anhaltende Rückgang ist weitestgehend auf die sinkenden Energiepreise zurückzuführen. Hierbei ist allen voran der Strompreis hervorzuheben, der im November um 30,8% niedriger als im Vorjahr war. Auch bei Erdgas und Mineralölzeugnissen sanken die Preise deutlich. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise legten die Erzeugerpreise allerdings um 0,3% im Vergleich zum Vorjahr zu. Vor allem Nahrungsmittel (3,4%), Gebrauchsgüter (4,0%) und Investitionsgüter (4,2%) verteuerten sich im Vergleich zum Vorjahr. Vorleistungsgüter hingegen verzeichneten einen Rückgang um 4,1%. Besonders Preissenkungen bei Metallen und chemischen Grundstoffen trugen zu dieser Entwicklung bei.

Erzeugerpreise deutscher Unternehmen

Index, 2015 = 100



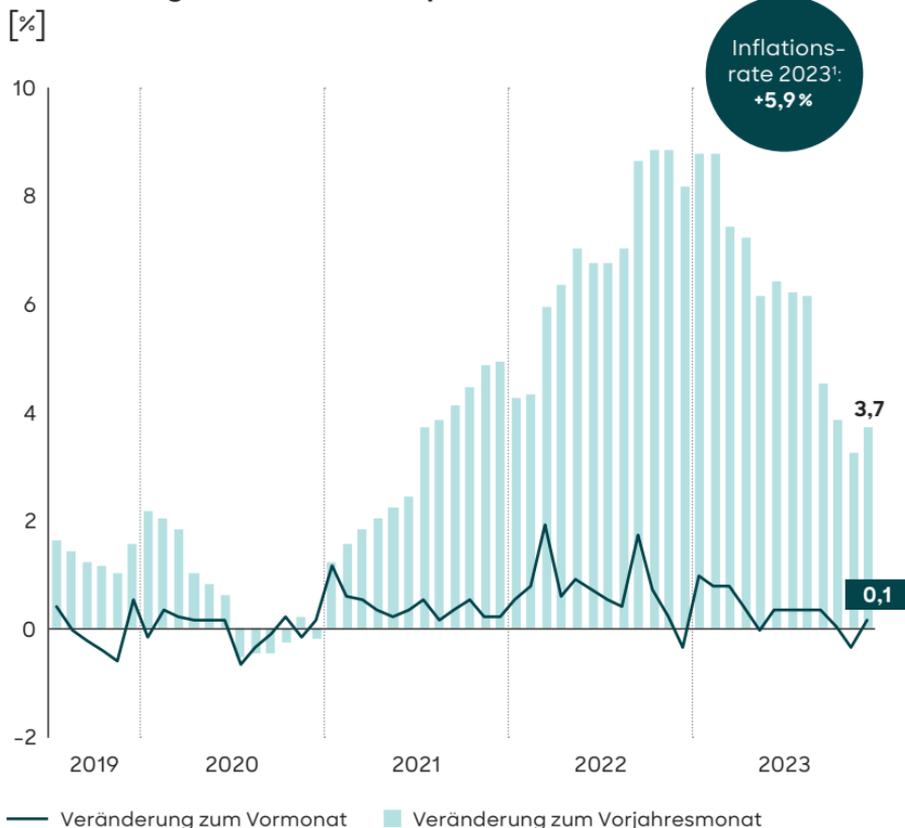
Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo Institut

Inflationsrate steigt im Dezember leicht an

Basiseffekt wirkt sich auf Teuerung bei Energiepreisen aus

Nachdem sich die Inflationsrate zuletzt fünf Monate in Folge abgeschwächt, ist sie im Dezember erstmals wieder gestiegen und lag mit 3,7% wieder über der Rate von 3,2% im November. Der Hauptfaktor für den erneuten Anstieg der Verbraucherpreise sind die gestiegenen Energiepreise, die aufgrund eines Basiseffekts um 4,1% zugenommen haben. Der Basiseffekt kam wegen der im Dezember 2022 ausgezahlten "Dezember-Soforthilfe" zustande, in deren Rahmen der Bund einmalig den Abschlag für die Haushalte übernahm. Auch Nahrungsmittel trugen mit einer Preiserhöhung von 4,5% im Vergleich zum Vorjahr wesentlich zur Inflation bei. Die Kerninflationsrate lag im Dezember weiterhin bei 3,5% und hat sich im Vergleich zum November (3,8%) leicht abgeschwächt.

Entwicklung der Verbraucherpreise



1 Jahresdurchschnitt, vorläufige Schätzung vom 04.01.2024

Quelle: Statistisches Bundesamt

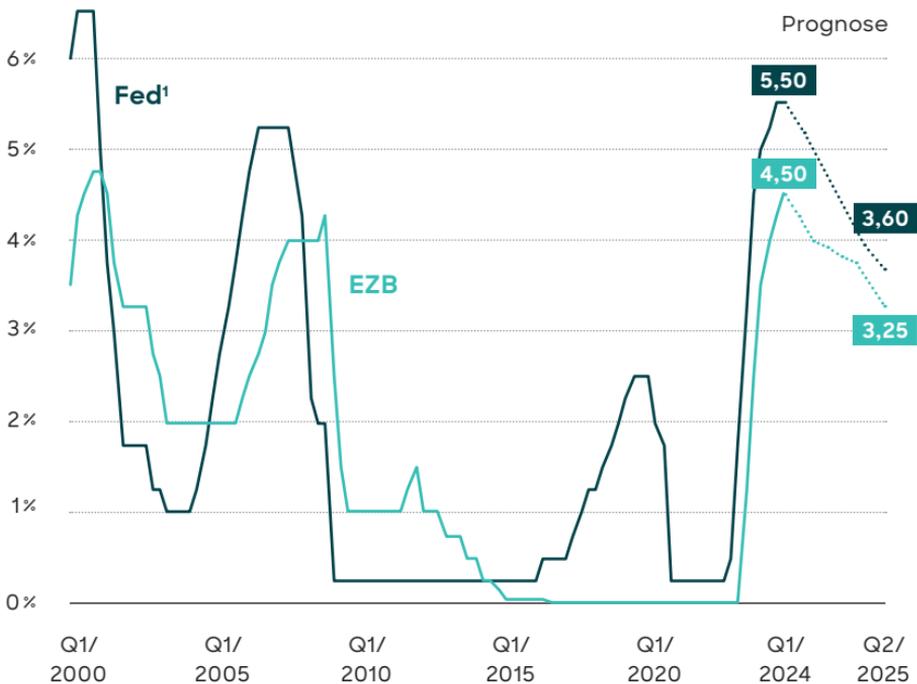
Leitzinsen weiter auf höchstem Stand seit vielen Jahren

Divergenz der Zinsniveaus in den USA und Europa bleibt bestehen

Um den Anstieg der Inflation zu bremsen, haben die Zentralbanken westlicher Industriestaaten in den vergangenen Jahren ein enormes Tempo bei Zinserhöhungen an den Tag gelegt. Die amerikanische Federal Reserve hat ihre Leitzinsen von 0,25% zum Jahresende 2021 auf nunmehr 5,50% angehoben – der höchste Stand seit 22 Jahren. Auch die Europäische Zentralbank hat ihren Leitzins in einem drastischen Tempo erhöht. Nach zehn Zinsschritten steht dieser aktuell bei 4,50%. Für das neue Jahr erwarten Marktteilnehmer angesichts sinkender Inflationsraten und schwacher Wachstumsaussichten eine erneute Wende der Geldpolitik und erste Zinssenkungen. Es wird erwartet, dass sowohl die US-Fed wie auch die EZB bereits im zweiten Quartal 2024 mit ersten Zinssenkungen beginnt.

Leitzinsen in den USA und im Euroraum

[%]



1 Oberes Ende der Zinsspanne

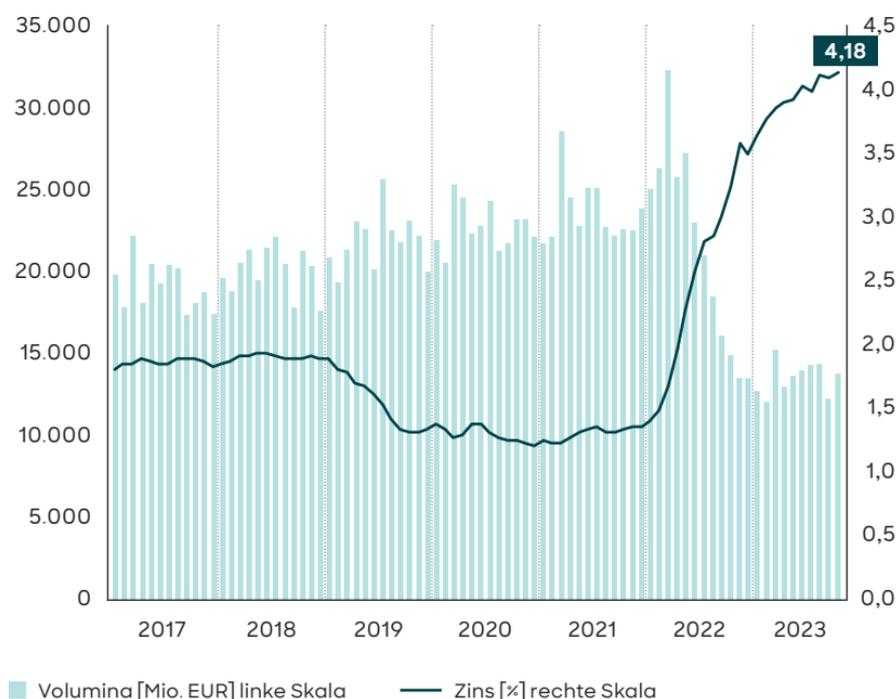
Quelle: EZB, Fed, Consensus

Steigende Zinsen lassen Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten einbrechen

Niedrigste Neukreditvergabe seit fast 20 Jahren

Die Neugeschäftsvolumina für Wohnungsbaukredite sind insbesondere aufgrund des Anstiegs der Kreditzinsen sowie der gestiegenen Baukosten deutlich zurückgegangen. Seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen im Jahr 2003 war die durchschnittliche monatliche Neukreditvergabe in den ersten zehn Monaten eines Jahres lediglich im Jahr 2004 geringer als 2023. Die nachlassende Nachfrage nach Baufinanzierungen spiegelt sich auch in den ebenfalls stark sinkenden Baugenehmigungen. Zwischen Januar und Oktober 2023 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 26,7%. Diese Gemengelage deutet darauf hin, dass die Bauwirtschaft auch im anstehenden Jahr unter Druck bleiben dürfte.

Neugeschäftsvolumina¹ und Effektivzinssatz für Wohnungsbaukredite an private Haushalte [monatlich, Mio. EUR]



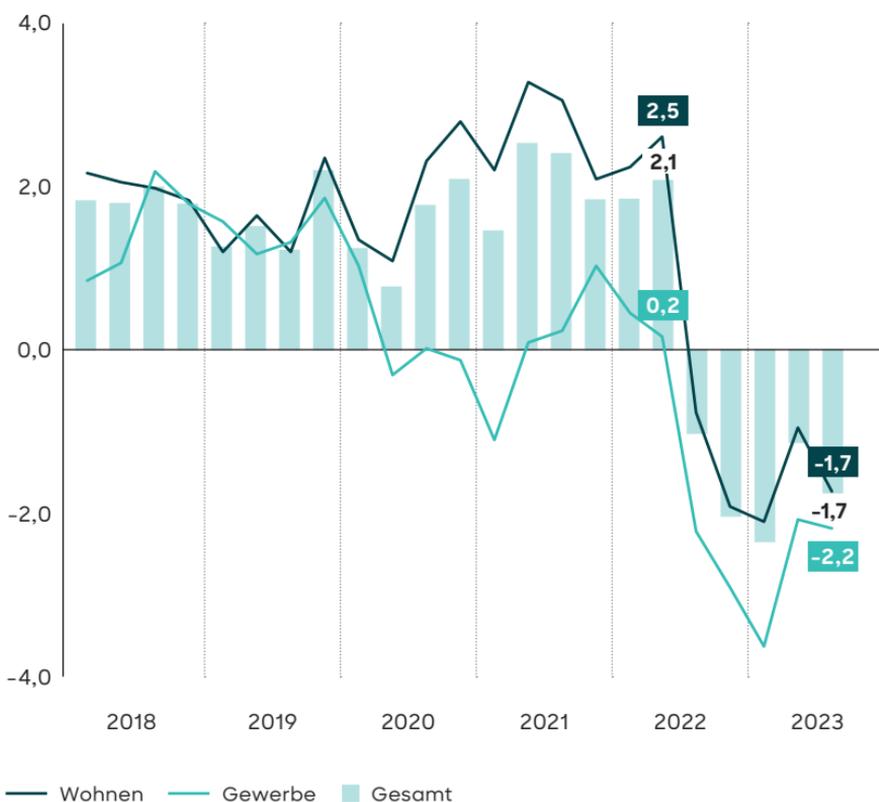
¹ Das von den berichtspflichtigen Banken gemeldete Neugeschäftsvolumen wird anhand eines Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit hochgerechnet
Quelle: Bundesbank

Rückgang der Immobilienpreise setzt sich fort

Wertverlust bei Wohnimmobilien geringer als bei Gewerbeimmobilien

Nachdem sich der Preisrückgang am deutschen Immobilienmarkt im zweiten Quartal 2023 noch verlangsamt, fielen die Preise im dritten Quartal wieder deutlicher. Insgesamt sanken die Immobilienpreise um 1,7% im Vergleich zum Vorquartal, wobei der Rückgang bei Wohnimmobilien (-1,7%) geringer ausfiel als bei gewerblich genutzten Immobilien (-2,2%). Grund für den Preisverfall ist die anhaltend schwache Nachfrage in diesem Jahr, die sich auch in der Kreditvergabe widerspiegelt. Sollte die EZB die geldpolitische Wende im kommenden Jahr einleiten, dürfte dies auch zu einer Erholung der Nachfrage nach Immobilien und damit zu einer Stabilisierung der Preise am Immobilienmarkt führen.

Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland Index, 2010 = 100, Veränderung zum Vorquartal [%]



Quelle: vdp

Arbeitsmarkt in Deutschland verzeichnet Rückgang bei offenen Arbeitsstellen

Auch die Zahl der Arbeitslosen steigt

Seit dem Rekordhoch von fast 887.000 offenen Stellen im August 2022 hat sich der Arbeitsmarkt merklich abgekühlt. Im Dezember 2023 erreichte dieser mit 713.000 gemeldeten Stellen den niedrigsten Stand seit Sommer 2021. Hauptgrund für diese Entwicklung ist die schwache Konjunkturdynamik. Dieser Trend betrifft alle Betriebsgrößen und deutet auf eine zunehmende Vorsicht im Rekrutierungsgeschehen hin. Trotz der Verlangsamung der Beschäftigungsdynamik bleibt der Arbeitskräftemangel weiterhin ein großes Problem. Laut IAB Arbeitsmarktbericht liegt das Verhältnis von sofort zu besetzenden Stellen zur gesamten Arbeitsnachfrage weiterhin über dem Vor-Pandemie-Niveau. Im Dezember 2023 betrug die Zahl der Arbeitslosen 2,64 Millionen Menschen, was einer Arbeitslosenquote von 5,7% entspricht. Damit waren gegenüber dem Vorjahresmonat rund 183.000 Menschen mehr arbeitslos gemeldet.

Bestand an gemeldeten offenen Arbeitsstellen

['000]



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Konsumklima hat sich zuletzt leicht verbessert

Stimmung der Konsumenten bleibt weiterhin auf niedrigem Niveau

Zum Jahresende 2023 hat sich das Konsumklima wieder leicht verbessert. Nach einem erneuten, leichten Einbruch im Herbst verzeichneten sowohl die Einkommenserwartung der Verbraucher als auch deren Anschaffungsneigung spürbare Zuwächse. Einer der wesentlichen Gründe für den gestiegenen Einkommensoptimismus liegt in den zu erwartenden bzw. bereits realisierten deutlichen Zuwächsen bei Löhnen und Renten. Dennoch lässt sich aus den jüngsten Entwicklungen noch keine nachhaltige Trendwende abzeichnen – zu groß sind die Unsicherheiten für die Verbraucher angesichts geopolitischer Konflikte, hoher Lebensmittel- und Energiepreise sowie der Diskussion um die Neuaufstellung des Bundeshaushalts.

GfK-Konsumklimaindex¹



¹ Der GfK-Konsumklimaindex errechnet sich als Mittelwert aus den Erwartungen der Konsumenten zum Konjunkturverlauf, zur Einkommensentwicklung und zur Anschaffungsneigung

Quelle: GfK

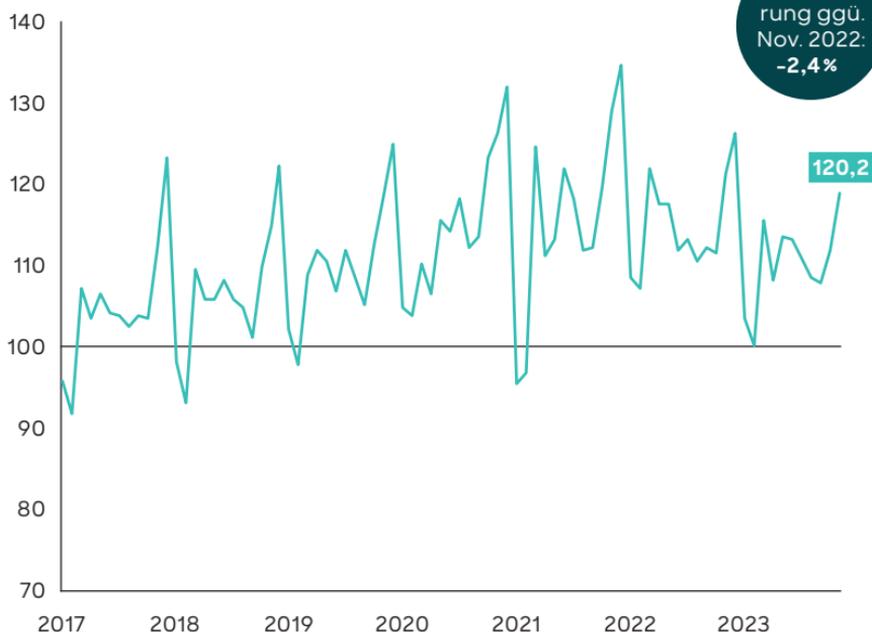
Schwache Konsumlaune spiegelt sich in Kaufzurückhaltung

Einzelhandelsausgaben auf geringerem Niveau

Die getrübe Verbraucherstimmung zeigt sich in den im Vergleich zu den Vorjahren geringeren Einzelhandelsausgaben. Im November lagen diese real betrachtet um 2,4% unter den Ausgaben des Vorjahres. Ersten Hochrechnungen des Statistischen Bundesamts zur Folge lag der reale Umsatz im Gesamtjahr 2023 3,1% unter dem Wert von 2022. Gestiegene Preise und Zurückhaltung der Konsumenten machen insbesondere dem Einzelhandel zu schaffen. Im Lebensmittelhandel gehen die Umsätze seit Anfang 2022 kontinuierlich zurück und liegen aktuell in etwa auf dem Niveau von 2015. Auch im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln ging der reale Umsatz deutlich zurück und lag im November 3,1% unter dem Wert des Vorjahres. Der Internet- und Versandhandel, der während der Pandemie starke Zuwächse erzielte, erlebte im November 2023 einen realen Umsatzrückgang von 3,5% zum Vorjahr.

Einzelhandelsausgaben¹

Umsatz [Index, 2015 = 100, konstante Preise]



¹ Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen), reale Originalwerte

Quelle: Destatis

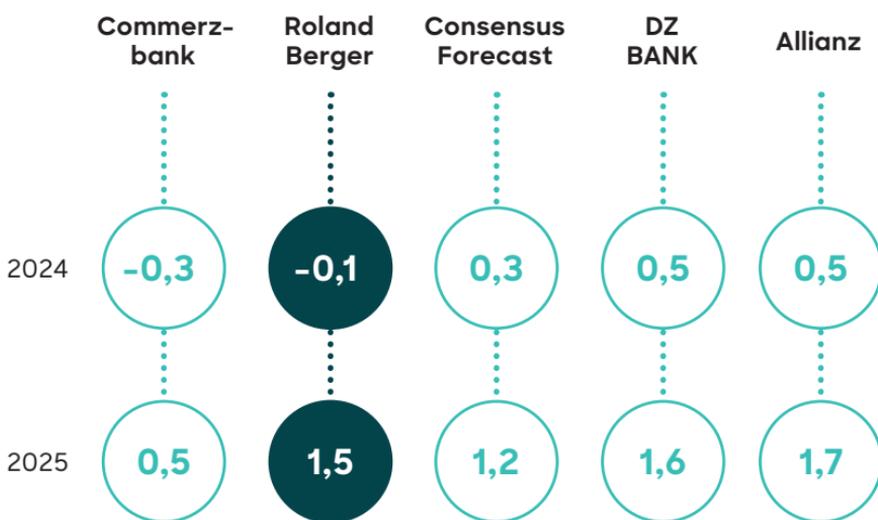
Der Ausblick bleibt weiterhin trüb

Deutsche Wirtschaft befindet sich in herausfordernden Zeiten

Nachdem die deutsche Wirtschaft bereits im abgelaufenen Jahr 2023 angesichts geopolitischer Spannungen, Inflation, Zinswende und Energiekrise geschrumpft ist, bleibt auch der Ausblick für 2024 weiterhin trüb. Der private Konsum dürfte sich im kommenden Jahr aufgrund der sinkenden Inflation sowie steigender Reallöhne moderat erholen. Angesichts weiterhin hoher Zinsen, schwacher Geschäftsaussichten sowie hoher geo- und innenpolitischer Unsicherheit dürften sich viele Unternehmen mit Investitionen zurückhalten. Auch vom Exportgeschäft sind mit Blick auf die sich abkühlende Weltwirtschaft kaum nennenswerte Wachstumsimpulse zu erwarten. Wichtige Handelspartner Deutschlands wie die EU-Länder, die USA oder China stehen ebenfalls vor unterschiedlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Ein Lichtblick können die zu erwartenden Zinssenkungen sein, die die Konjunktur im Jahresverlauf nochmals befeuern könnten. Insgesamt geht das Roland Berger Institute auch für 2024 von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um -0,1% aus. Erst 2025 kommt es wieder zu einem moderaten wirtschaftlichen Aufschwung um +1,5%.

Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft

Prognose BIP-Wachstum für die Jahre 2024 und 2025



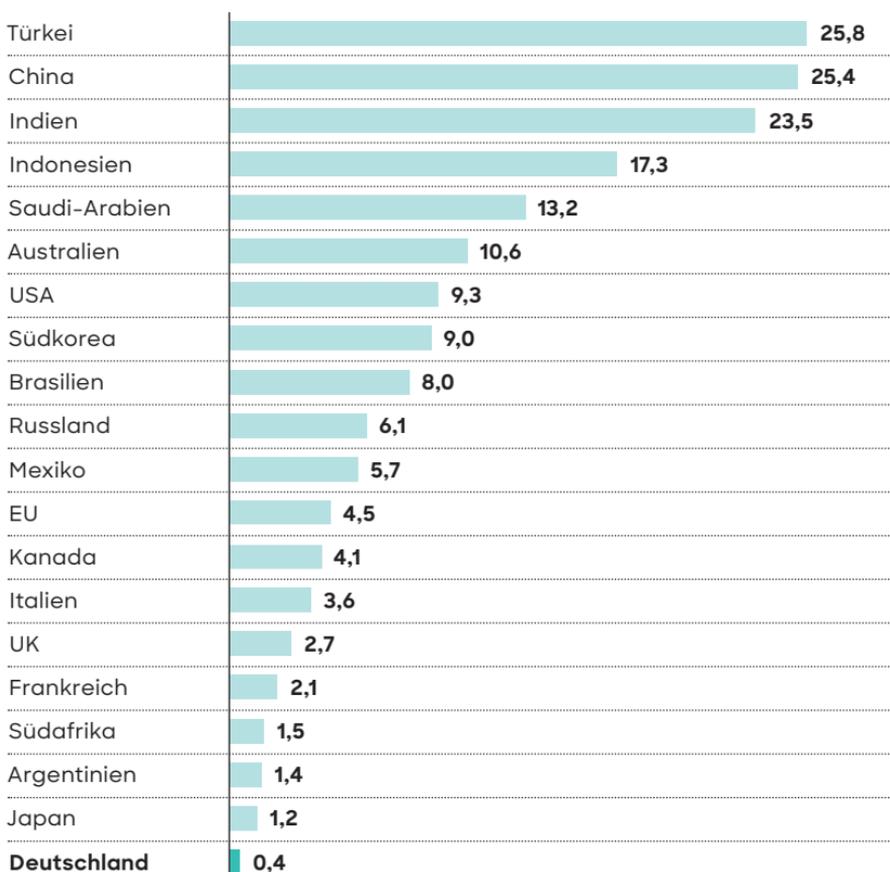
Quelle: Consensus Economics, Oxford Economics, Roland Berger

Deutschland verliert im internationalen Vergleich den Anschluss

Mit Blick auf die Erholung von der Pandemie ist Deutschland das Schlusslicht unter den G20-Staaten

Während sich Deutschlands Wirtschaft weiter in schwierigerem Fahrwasser befindet, können andere Volkswirtschaften wachsen. Angesichts der Wachstumszahlen bis 2023 und der Prognose für 2024 wird erwartet, dass die deutsche Wirtschaftsleistung bis zum Ende des Jahres 2024 nur marginal um +0,4% im Vergleich zum Vor-Pandemie-Jahr 2019 wachsen wird. Viele andere Industrienationen legen im gleichen Zeitraum voraussichtlich ein teilweise beeindruckendes Wachstum hin: So wird erwartet, dass die Wirtschaftsleistung der USA zwischen 2019 und 2024 um mehr als 9% wächst – die EU um immerhin 4,5%.

Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der G20-Staaten von 2019 bis 2024e [%]



Quelle: Roland Berger Institute, Oxford Economics

Die deutsche Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen

Wichtige Chancen und Risiken in Deutschland – ein Überblick

Chancen	Konjunkturell	<ul style="list-style-type: none">+ Verbraucherpreise lassen trotz weiterhin hohem Niveau nach+ Rückläufige Erzeugerpreise entlasten Unternehmen+ Erste Zinssenkungen könnten aufgrund der Inflationsentwicklung bereits im Sommer stattfinden und das wirtschaftliche Geschehen ankurbeln+ Produktionsengpässe durch Lieferschwierigkeiten in meisten Sektoren behoben
	Strukturell	<ul style="list-style-type: none">+ Solide wirtschaftliche Struktur mit innovativen Mittelständlern und Hidden Champions+ Gute F&E-Infrastruktur durch Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Unternehmen+ Hoch qualifizierte Arbeitskräfte im internationalen Vergleich
Risiken	Konjunkturell	<ul style="list-style-type: none">- Hohes Zinsniveau sorgt derzeit noch für negative Stimmung bei Verbrauchern, Investoren und im Bausektor- Abkühlung der Weltwirtschaft bedroht deutsches Exportgeschäft- Weiterhin hohe Energiepreise belasten Industrie und Haushalte- Schwächelnder Automobilsektor fällt als Stütze des industriellen Kerns in Deutschland aus- Haushaltsproblematik sorgt für Unsicherheit unter Investoren und für Unmut unter verschiedenen Berufsgruppen
	Strukturell	<ul style="list-style-type: none">- Geopolitische Unsicherheit im Spannungsfeld EU/USA und China/Russland- Sich verschlechternde Standortbedingungen sorgen für Investitionsabfluss, Insolvenzen und Geschäftsaufgaben- Arbeitskräftemangel bleibt weiterhin ein Belastungsfaktor für den Arbeitsmarkt- Demografischer Wandel bedroht neben dem Arbeitsmarkt auch die Sozialversicherungssysteme- Hoher Modernisierungsbedarf mit Blick auf Infrastruktur und Digitalisierung

Ihre Ansprechpartner bei Roland Berger

Dr. David Born

Roland Berger Institute (RBI)

+49 160 744-6500

david.born@rolandberger.com

Dr. Christian Kryz

Roland Berger Institute (RBI)

+49 160 744-2917

christian.kryz@rolandberger.com

Steffen Geering

Roland Berger Institute (RBI)

+49 160 744-2194

steffen.geering@rolandberger.com

ROLAND BERGER ist die einzige Strategieberatung europäischer Herkunft mit einer starken internationalen Präsenz. Als unabhängige Firma, im alleinigen Besitz unserer Partnerinnen und Partner, sind wir mit 51 Büros in allen wichtigen Märkten präsent. Unsere 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeichnet eine einzigartige Kombination aus analytischem Denken und empathischer Einstellung aus. Angetrieben von unseren Werten Unternehmergeist, Exzellenz und Empathie sind wir überzeugt davon, dass Wirtschaft und Gesellschaft ein neues, nachhaltiges Paradigma benötigen, das den gesamten Wertschöpfungskreislauf im Blick hat. Durch die Arbeit in kompetenzübergreifenden Teams über alle relevanten Branchen und Geschäftsfunktionen hinweg bietet Roland Berger weltweit die beste Expertise, um die tiefgreifenden Herausforderungen unserer Zeit heute und morgen erfolgreich zu meistern.



01/2024

[ROLANDBERGER.COM](https://www.rolandberger.com)

Die Angaben im Text sind unverbindlich und dienen lediglich zu Informationszwecken. Ohne spezifische professionelle Beratungsleistung sollten keine Handlungen aufgrund der bereitgestellten Informationen erfolgen. Haftungsansprüche gegen Roland Berger GmbH, die durch die Nutzung der in der Publikation enthaltenen Informationen entstanden sind, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

© 2024 ROLAND BERGER GMBH. ALLE RECHTE VORBEHALTEN.



Herausgeber

Roland Berger GmbH

Sederanger 1
80538 München
Deutschland
+49 89 9230-0